

Stellungnahme der UBK-Fraktion zum Haushalt 2019, vorgetragen von Boris d'Angelo

Eine Nachricht des Finanzministers Scholz läßt aufhorchen: 2018 wird der Bundeshaushalt nochmals einen Überschuß ausweisen. Danach sind die fetten Jahre vorbei. Das bedeutet, künftig muß der Gürtel enger geschnallt werden. Bleibt zu hoffen, daß der von vielen Experten prognostizierte Rückgang der Steuerzahlungen Künzelsau nicht allzu heftig trifft. Denn hier werden die Einnahmen dringend gebraucht. Bisher hat die gute Konjunktur die Stadt davor bewahrt, in ein tiefes Loch zu fallen, das sich wegen Steuerrückerstattungen aufgetan hatte. Die hohen laufenden Einnahmen und Zuweisungen haben den befürchteten Absturz gemildert.

2019 geht man weiterhin von sprudelnden Quellen aus. Beispielsweise bei der Gewerbesteuer, die ebenso wie in den Vorjahren mit 20 Mio veranschlagt ist. Analog dazu steigen die Ausgaben in manchen Sparten kräftig. Von Spar-Runden ist keine Rede mehr. So wurden bereits einige Beschlüsse gefaßt, die viel Geld kosten und den vorliegenden Haushalt belasten. Beispielsweise die Gebührenbefreiung bei der Kinderbetreuung. Dieser überraschende Alleingang Künzelsaus wird in der Öffentlichkeit durchaus kontrovers diskutiert. Oder im Personalbereich, wo zusätzliche Stellen, Höhergruppierungen und freiwillige Leistungen einen deutlichen Sprung nach oben mitverursachen. Insgesamt haben sich die Personalkosten innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt. Mit diesem Haushalt klettern sie weiter um 900 000 auf 9,9 Mio. Das ist nicht allein mit den üblichen Lohnsteigerungen sowie Aufstockungen im Kiga-Bereich zu erklären, sondern auch mit einem vergrößerten Verwaltungsapparat. Braucht Künzelsau z.B. einen wohldotierten Wirtschaftsförderer, nachdem wir bereits einen Event-Manager haben?

Alles was mit sogenannten Events, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Marketing zu tun hat, wird ebenfalls immer teurer. Natürlich ist es zu begrüßen, wenn in Künzelsau etwas geboten wird. Aber sind Festivitäten nur schön, wenn sie laut und teuer sind? Die Versuchung ist groß, überall noch eines draufzusatteln. Die Erfahrung lehrt, wenn das Geld erst mal im Steuersäckel gelandet ist, sickert es auch wieder hinaus. Um das zu vermeiden und die Bürgerinnen und Bürger zu schonen, haben wir beantragt, die Grundsteuer auf das ursprüngliche Maß von 310 Punkten zu senken. 2015 war dieser Wert

wegen der drohenden Finanzkrise auf 400 angehoben worden. Leider hat der Gemeinderat unseren Antrag abgelehnt. Es bleibt also bei der hohen Grundsteuer, die alles andere als ein Standortvorteil ist.

Grundsätzlich gibt es zwei verschiedene politische Betrachtungen. Die einen finden es richtig, den Steuerzahlern möglichst viel abzuverlangen, um es anschließend, wie auch immer, umzuverteilen. Die anderen wollen die Abgabenlast begrenzen, um den Bürgern mehr Raum für Eigenverantwortung zu geben. Wir halten diesen zweiten Weg für geeigneter, weil sonst zu viel in der gierigen Umverteilungsmaschinerie hängen bleibt. Solche Ziele formulieren wir aber nicht im luftleeren Raum, sondern versuchen sie bei den Abstimmungen umzusetzen. Diese konsequente Verhaltensweise stößt auf keinerlei Verständnis. Weil wir die Finanzen und damit so manche Projekte kritisch unter die Lupe nehmen, gelten wir als Außenseiter. Politisch korrekt ist offenbar nur, wenn man den Verwaltungsanträgen zustimmt. Andere Ansichten werden als unsinnig und überflüssig betrachtet. Wer so denkt, hat das Wesen der Demokratie nicht begriffen. Selbstverständlich entscheidet bei dieser Staatsform die Mehrheit. Damit sind aber nicht automatisch alle anderen Meinungen falsch. Oft stellen sie sich später sogar als richtig heraus. Ein Beispiel ist die Hochwassersituation in der Hauptstraße. Wäre seinerzeit beim Ausbau unser Vorschlag berücksichtigt worden, den Künsbach zu verlegen, hätte der Starkregen 2016 keine solch verheerenden Schäden angerichtet. Olle Kamellen? Mitnichten. Denn seit fast drei Jahren warten wir schon auf eine Studie, die sich mit der Hochwasserproblematik beschäftigt und Lösungen aufzeigen soll. Hoffentlich kommt die nächste Überschwemmung nicht vor dem Gutachten.

Ebenso hoffen wir auf Einsicht der Verantwortlichen, nach Schließung des Krankenhauses die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung wenigstens einigermaßen zufriedenstellend zu regeln. Eine klare Richtung können wir dabei nicht erkennen. Das sogenannte Gesundheitszentrum, ohnehin kein adäquater Ersatz für das Krankenhaus, wird zwar mit sehr vielen Vorschußlorbeeren bedacht, ist aber mit ebenso vielen Fragezeichen behaftet. Wir haben kein Vertrauen mehr in dieses System und wollen uns mit dem Verlust des Krankenhauses nicht abfinden. Immer wieder haben wir Aktivitäten unternommen, um zur Rettung beizutragen. Aber selbst hier im Gremium fanden unsere Vorschläge kein Gehör.

Es gäbe noch weitere Beispiele zu nennen, wo unsere Lösungsansätze hilfreich gewesen wären. Schon vor der denkwürdigen Hiobsbotschaft über Steuerrückzahlungen haben wir auf Haushaltskonsolidierung und Schuldensenkung gedrängt. Das hätte die Auswirkung der Finanzproblematik minimiert. Jetzt hat sie entgegen der Darstellung der Verwaltung durchaus Spuren hinterlassen. Baugebiete konnten nicht schnell genug erschlossen werden. Das wirft uns im Vergleich mit den Nachbarstädten weit zurück, die den Bauboom voll ausnutzen konnten.

Da unsere vielseitigen Bemühungen, den Finanzen eine andere Richtung zu geben und die Ausgabenfreude etwas zu bremsen, keine Wirkung zeigten und vor dem Hintergrund der überdurchschnittlichen Gesamtverschuldung lehnen wir den Haushalt ab. Die Wirtschaftspläne der KÜN-Werke lehnen wir ebenfalls ab, da wir noch immer keine schlüssigen Antworten auf Fragen zu ungenehmigten Ausgaben haben.